



### Landesregierung auf Abwegen

■ „Wir sind auf einem guten, aber langen Weg“, schrieb die neue Landesregierung 2004, ein Jahr nach dem Regierungswechsel. Was den Natur- und Umweltschutz betrifft, kann ich nur sagen: Dieser Weg hat in die Irre geführt. Bis heute nutzt die Landesregierung nicht ihre Möglichkeiten, zukunftsfähige Politik zu betreiben – eine Politik, die Natur- und Umweltschutz ernst nimmt und gleichzeitig Arbeitsplätze sichert und neue schafft.

Besonders augenfällig ist dies bei ihrer verantwortungslosen und rückwärtsge wandten Atompolitik. Sie verweigert sich einer Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle. Statt sich an die Spitze derjenigen zu setzen, die Sicherheit für Mensch und Natur zur obersten Priorität machen, hält die Landesregierung an den unsicheren und nicht zukunftsfähigen Lagerstätten Gorleben und Schacht Konrad fest. Gleichzeitig will sie den Betreibern von Atomkraftwerken bei der Installation von so genannten Schutzeinrichtungen gegen terroristische Angriffe aus der Luft weit entgegenkommen und die Aufstellung von Nebelwerfern rund um die AKW ohne förmliches Genehmigungsverfahren gestatten. Dazu passt dann auch die Forderung des Wirtschaftsministers nach dem Bau neuer Atomkraftwerke.

Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) hält die Grenzwerte der EU-Richtlinie für die Feinstaubbelastungen für unrealistisch und verniedlicht die Gefahren. Nur 40 Prozent der Partikel stammen laut Sander vom Verkehr. Den großen Rest machten Stäube aus Industrie und Haushalten aus, aber sogar Teilchen aus der Natur wie Salze an der Küste oder Blütenpollen tragen nach Ansicht des Umweltministers zur Feinstaubbelastung bei! Statt zu verharmlosen sollte die Landesregierung ihre Möglichkeiten im Aufsichtsrat von VW nutzen, um eine fortschrittliche Produktpolitik bei den Wolfsburger Autobauern zu erreichen. Auch die vom Land abgelehnte steuerliche Förderung der Nachrüstung von Diesel-PKW mit Rußfiltern würde das Problem wirksamer bekämpfen als Gedanken über den Pollenflug.

Gern schmückt sich der Umweltminister mit der Aussage, Naturschutz nur mit den Menschen zu machen. Aber was ist diese Aussage wert? Kürzlich ließ das Umweltministerium verlauten, dass die Mittel für die

niedersächsischen Nationalparkhäuser mit dem Auslaufen der derzeitigen Verträge drastisch gekürzt werden sollen. Das könnte schon bald das Aus für die Nationalparkhäuser in den beiden Nationalparks Harz und Wattenmeer bedeuten. Dabei wird gerade in den Nationalparkhäusern an der Küste, auf den Inseln und im Harz den Menschen sehr erfolgreich die Natur nahe gebracht. Nach dem Motto „Nur was man kennt, schützt man auch“ arbeitet der BUND in den Nationalparkhäusern schon seit vielen Jahren praktisch und vor Ort. Der große Zulauf und das rege Interesse bei den Nationalparkbesu-



chern an diesen Bildungseinrichtungen bestätigen uns. Der Umweltminister hingegen scheint nicht daran interessiert zu sein, den Menschen die Natur und ihren Schutz wirklich nahe zu bringen.

Genauso trübe sind die Aussichten im Arten- und Biotopschutz. Die Landesregierung ist dabei, Niedersachsen zum ökologischen Armenhaus Europas zu machen. Beispiel FFH-Richtlinie: In Niedersachsen wurden nur sieben Prozent der Landfläche zum Europäischen Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ gemeldet, selbst aus den Stadtstaaten Bremen und Hamburg kam da mehr. Auch im Küstenschutz geht diese Landesregierung auf Konfrontationskurs mit Naturschützern. Der für den Deichbau notwendige Kleiboden soll zukünftig ausgerechnet in den Salzwiesen abgebaut werden. Dabei erfüllen die Salzwiesen eine wichtige Funktion für Brut- und Rastvögel und sind FFH- und/oder Vogel-schutzgebiet – anders gefragt: Wer würde

heute noch den Kölner Dom abbauen, um mit den Steinen an anderer Stelle Häuser zu bauen? Für den Küstenschutz stehen im Binnenland weitgehend ausreichende Flächen zur Bodenentnahme zur Verfügung. Der BUND wird sich gegen diese falsche Art der Kleigewinnung wehren, selbst wenn die Landesregierung versuchen sollte zu behaupten, wir seien gegen den Küstenschutz. Das beliebte Spiel mit der Angst wird der BUND nicht mitspielen.

Wenn es um den Schutz von Lebensräumen und Landschaften geht, spielen wir dagegen gerne mit. Mit unserer Marketing-Initiative „Heimat braucht Freunde“ haben wir ein Projekt zur Sicherung und zum Erhalt der niedersächsischen Kulturlandschaften entwickelt. Wir wollen damit erreichen, dass die zum Teil artenreichen und meist nur extensiv bewirtschafteten alten Kulturlandschaften besser geschützt und nachhaltig genutzt werden können. Moor- und Heidschnuckenfleisch, Urlaub auf dem Bauernhof, Rindfleisch aus artgerechter Tierhaltung – mit diesen Produkten wollen wir für die Kulturlandschaften Niedersachsen werben und sie den Menschen näher bringen. Dieses Projekt zeigt auch, was wir an anderen Stellen schon lange praktizieren: Landwirtschaft und Naturschutz sind keine Gegensätze, Naturschutz und Arbeitsplätze auch nicht. Das Projekt zeigt aber auch: Wir sind nicht nur auf Konfrontationskurs – wir suchen die Kooperation. Als Schirmherr des Projektes „Heimat braucht Freunde“ konnten wir Ministerpräsident Christian Wulff gewinnen.

Insgesamt weht jedoch dem Natur- und Umweltschutz in Niedersachsen derzeit der Wind hart ins Gesicht. Oft muss das vermeintlich knappe Geld herhalten für Argumente gegen Natur und Umwelt. Aber langer Atem zahlt sich aus – dafür sprechen nicht zuletzt 44 Jahre BUND Niedersachsen und 30 Jahre BUND Bundesverband. Wir werden einerseits der Landesregierung immer wieder sehr deutlich die rote Karte auf ihren falschen Wegen zeigen, andererseits aber versuchen, mit ihr zusammen zu arbeiten und sie auf den richtigen Weg zu bringen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, demnächst wieder mehr Erfolge im Natur- und Umweltschutz in Niedersachsen zu feiern.

*Ihre Renate Backhaus  
Landesvorsitzende*

## Jahresvertreterversammlung Vom Ausscheiden und Mitmachen

■ Landespolitik, personelle Veränderungen im BUND-Landesvorstand und das bis dato relativ „unbekannte Wesen“ BUND-Mitglied waren die zentralen Themen der diesjährigen Jahresvertreterversammlung des BUND Niedersachsen in Hannover. Außerdem verlieh der BUND-Vorstand am 16. April gleich drei Mal den Konrad Buchwald-Preis für besondere Verdienste im Natur- und Umweltschutz: an Ursula Sass von der Kreisgruppe Stade, an Heinz-Wolfgang Briese von der Kreisgruppe Cloppenburg und an Karl-Friedrich Weber von der Kreisgruppe Helmstedt. Für den pensionierten Forstmann aus Königslutter war die Ehrung allerdings zugleich ein Abschiedsgeschenk: Nach 20 Jahren Mitgliedschaft – davon 14 Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender – hat Karl-Friedrich Weber den BUND-Landesvorstand verlassen. Weber will zukünftig andere Schwerpunkte in seinem umweltpolitischen Wirken setzen, bleibt dem BUND Niedersachsen aber als

fachkundiger und geschätzter Mitstreiter und gewiefter Stratege in Sachen Naturschutz erhalten. Webers Nachfolger ist Heiner Baumgarten aus Stade: Der 53-jährige Landschaftsplaner, seit 1991 Mitglied im Landesvorstand, wurde von den Delegierten einstimmig als neuer stellvertretender Landesvorsitzender gewählt.

Was kennzeichnet ein typisches BUND-Mitglied – und vor allem, wann wird er oder sie selbst aktiv? Martina Löw, Freiwilligenreferentin in der BUND-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, hat dazu BUND-Aktive im ganzen Bundesgebiet befragt und zum Teil überraschende Antworten erhalten. „Das aktive BUND-Mitglied in Niedersachsen ist im Durchschnitt 52 Jahre alt, männlich und verheiratet“, wusste Löw auf der Delegiertenversammlung zu berichten. Niedersachsen-Aktive hielten ihr BUND-Engagement länger durch als der Bundesdurchschnitt, lobte Löw. Vielleicht seien sie auch einfach „leidens-

fähiger“. Die größte Klage der BUNDler in Niedersachsen: Es fehle am Geld und es fehle an Aktiven. Dabei gäbe es im Bereich Natur- und Umweltschutz ein riesiges Potential an ehrenamtlichem Engagement, ist Löw überzeugt. Doch wie macht man BUND-Mitgliedern die Mitarbeit schmackhaft? Von attraktiveren Angeboten in den Orts- und Kreisgruppen über eine bessere Betreuung und Einarbeitung potentieller Mitstreiter bis hin zu mehr Anerkennung für das doch immerhin ehrenamtliche Engagement reichte die Palette der Antworten. Große Hoffnung setzt Martina Löw nun auf die jüngste Kampagne des BUND: Mit der bundesweiten Aktion Abenteuer Schmetterling (mehr dazu s.u.) sollen selbst hartnäckige „Nur-Beitragszahler“ zum Mitmachen beim BUND bewegt werden. „Abenteuer Schmetterling ist eine tolle Sache für alle Beteiligten und hilft den Schmetterlingen!“

lit



Landesvorsitzende Renate Backhaus verabschiedet ihren bisherigen Stellvertreter „Kalle“ Weber aus Königslutter mit dem Konrad Buchwald-Preis in Gold und einem weinenden Auge

Einstimmig gewählt: der neue stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Heiner Baumgarten aus Stade

Neu im BUND-Landesvorstand: Diakon Thomas Keller aus Helmstedt (links im Bild) und Jörg Schönfeld, Kulturwissenschaftler aus Hamburg-Harburg (rechts)

## Mehr Falter in die Gärten!

■ „Auf zum Faltertag“ heißt es in Deutschland seit Mitte April, und jede/r kann dabei sein! Mit einer bundesweit angelegten Aktion wollen BUND und ZDF einen aktiven Beitrag zum Schmetterlingsschutz leisten, wissenschaftlich begleitet vom Umweltforschungszentrum (UFZ) Leipzig-Halle. Denn 80 Prozent der heimischen Falter sind mittlerweile vom Aussterben bedroht, weil



Pestizide, Einheitsgrün und ausgeräumte Landschaften ihnen keinen Lebensraum mehr bieten. Dabei ist es nicht so schwer, beispielsweise den eigenen Garten schmetterlingsfreundlich zu gestalten: ein kleines Areal

mit Wildblumen, ein Altholzhaufen als Unterschlupf, eine Bodensenke, in der sich Wasser sammeln kann. Die besten Ideen und Projekte zum Schutz der schönen Flieger werden von BUND, ZDF und UFZ prämiert, Einsendeschluss ist der 31. August 2005. Dabei kann jede man nicht nur auf dem privaten Balkon oder im eigenen Garten etwas für die Falter tun, sondern auch in Gruppen wie Schulklassen, Vereinen, Nachbarschaften. Alles ist möglich, solange es den Schmetterlingen nützt! Zu gewinnen gibt es unter anderem ein Leica-Fernglas und eine BUND-Reise nach Ligurien.

Wer es nicht so aufwändig mag, macht einfach mit beim „Faltertag“ – einem selbst bestimmten Tag, an dem mit Hilfe eines Standard-Fragebogens sechs noch recht häufige Schmetterlingsarten einen Tag lang gezählt werden müssen. Die sechs Arten sind: Zitronenfalter, Kleiner Fuchs, Admiral, Tagpfauen-

auge, Diestelfalter und Aurorafalter. Mitmachen kann jede/r, besonderes Fachwissen ist nicht erforderlich. Unter den EinsenderInnen der ausgefüllten Fragebögen verlost der BUND wöchentlich einen Steinbach-Naturführer aus dem Ulmer Verlag.

Wem das alles nicht anspruchsvoll genug ist, kann beim Tagfalter-Monitoring mitmachen. Dabei werden alle Schmetterlingsarten einen Sommer lang wissenschaftlich kartiert, Vorkenntnisse sind also von Vorteil. Mehr Informationen dazu gibt es unter [www.tagfalter-monitoring.de](http://www.tagfalter-monitoring.de)

Die Fragebögen zum Faltertag, Broschüren und Informationen zum Wettbewerb gibt es bei Cornelis Hemmer, BUND Bundesgeschäftsstelle Berlin, Tel. 030/27586-495, Fax: -440, email: [cornelis.hemmer@bund.net](mailto:cornelis.hemmer@bund.net) Oder informieren Sie sich im Internet: [www.abenteuer-schmetterling.de](http://www.abenteuer-schmetterling.de)

lit



## Kein Bodenabbau in den Salzwiesen des Nationalparks

■Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) sieht die Bagger lieber auf den streng geschützten Salzwiesen im Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ stehen als auf landwirtschaftlich genutztem Grünland. Empört haben viele Naturschützer und Umweltpolitiker auf Sanders jüngsten Vorstoß reagiert, den für den Deichbau notwendigen Klei-Boden aus Kostengründen zukünftig auch aus dem Deichvorland entnehmen zu dürfen. So sollen bereits für den jetzt anstehenden Neubau des Elisabeth-Außengroden östlich von Harlesiel rund 500.000 Kubikmeter Klei nicht mehr binnendeichs entnommen werden, sondern vor Ort aus den natürlichen Salzwiesen. „Das ist ein klarer Verstoß gegen geltendes nationales und internationales Recht und höhlt die Schutzstandards des Nationalparks aus“, kritisiert Uilke van der Meer, BUND-Küstenexperte aus Dornum. Rund 100 von etwa 300 Hektar Salzwiesen würden durch Baggerungen und schwere Fahrzeuge in Elisabeth-Außengroden zerstört, wenn Sander seine Pläne umsetze, befürchtet van der Meer. „Die Salzwiesen sind mehr als 30 Jahre unberührt geblieben, die brauchen Jahrzehnte, bis sie sich regeneriert haben.“ Besucher des Nationalparks erwarteten weder Bagger noch Bodenabbau im Wattenmeer, sondern ein ungestörtes Naturerlebnis in einer einzigartigen Küstenlandschaft.

Darüber hinaus gefährde Sander mit seinen Plänen die Sicherheit der Deiche. „Klei aus dem Deichvorland ist im Elisabeth-Außengroden wegen seines hohen Sandgehaltes für den Deichbau nicht so gut geeignet wie Klei aus dem Binnenland“, sagt der BUND-Experte. Van der Meer verweist auf das seiner Meinung nach vorbildliche Kleisuchprogramm



Foto: André M. Winter

Lebensraum Salzwiese (hier mit blühendem Strandwermut und Keilmelde): Für Millionen von Zugvögeln sind die noch verbliebenen knapp 12.000 Hektar Salzwiesen entlang der norddeutschen Küste wichtiges Nahrungs-, Rast- und Bruthabitat und deshalb durch Vogelschutzrichtlinie und FFH-Richtlinie besonders geschützt. Mehr als 45 speziell an Überflutung und Salzgehalt angepasste Blütenpflanzenarten und etwa 1.700 Insektenarten kommen in den Salzwiesen vor.

des Landkreises Friesland, der von den benötigten 1,5 Millionen Kubikmeter Klei für den Elisabeth-Außengroden bereits eine Million binnendeichs bei Hohenkirchen entnimmt. Nach der Bodenentnahme soll auf den Flächen ein Naherholungsgebiet mit Badesee entstehen. Die noch verbleibenden 500.000 Kubikmeter benötigter Klei müssten wie vorgesehen landwirtschaftlichen Flächen im Binnenland entnommen werden, fordert der Naturschützer. „Man kann dabei auf Flächen zurückgreifen, die Landeseigentum sind“, sagt van der Meer. „So kann aus intensiv genutzter Agrarsteppe sogar wieder wertvolle Naturlandschaft werden.“ Darüber hinaus müssten die Küstenschutzkonzepte grund-

gend neu erarbeitet werden, fordert Uilke van der Meer. „Wenn man die Sommerdeiche öffnet und dadurch die landwirtschaftlich genutzten Sommerpolder wieder ausdeicht, könnte zum einen der Klei der Sommerdeiche zur Verbesserung der Hauptdeiche eingesetzt werden.“ Zum anderen schaffe man durch die Rückdeichung wieder Raum für neue Salzwiesen, die als Vorland zu einem hervorragenden natürlichen und kostengünstigen Deichschutz werden könnten.

lit

Kontakt: Uilke van der Meer  
Nationalparkhaus Dornumersiel  
email: bund-nordseehaus@nwn.de

## Neue Umweltbildungseinrichtung auf Spiekeroog

■Die ostfriesische Insel Spiekeroog wird um eine Attraktion reicher. Am 27. März setzten die Projektleiter und BUND-Mitglieder Florian Schlesiger und Swaantje Fock den ersten Spatenstich für ein Umweltbildungszentrum in der ehemaligen Turnhalle eines Internatsgymnasiums. Anfang 2006 soll hier die Ausstellung ihre Pforten für Besucher öffnen. Zu den zukünftigen Trägern des Bildungsprojektes zählen nicht nur die Hermann Lietz-Schule, die 1928 von dem Reformpädagogen Alfred Andreesen gegründet wurde, sondern auch der BUND Niedersachsen, der im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer bereits vier Nationalparkhäuser betreibt. Mit dem Bau würden endlich zehn Jahre alte Pläne, ein Umweltbildungszentrum an der Hermann Lietz-Schule einzurichten, verwirklicht, freut sich Schulleiter Dr. Hartwig

Henke. „Wir hoffen, damit die reformpädagogischen Ansätze der Schule mit Forschungsaktivitäten auf der Insel verbinden zu können.“ Außerdem schaffe man mit einem Umweltbildungszentrum ein Informationsangebot für die rund 70.000 Übernachtungsgäste auf der Insel. „Das Interesse der Besucher am Nationalpark ist groß“, sagt Biologielehrer Schlesiger.

Kernstück des Bildungszentrums wird eine Ausstellung unter anderem mit Themenblöcken zu Gezeiten, Inselentstehung, Lebensräume und Inselnschutz. Neben einer Großaquarienanlage wird das Skelett eines 2003 vor Norderney gestrandeten Pottwals einen besonderen Blickfang darstellen. Außenstationen sollen die Inhalte der Ausstellung im Gelände ergänzen. Geplant sind außerdem ein Museumscafe und ein Seminarraum.

Vom neuen Umweltbildungszentrum werde die gesamte „grüne Insel“ Spiekeroog – in der ostfriesischen Inselkette zwischen Langeoog und Wangerooge „die zweite von rechts“, profitieren. „Der Naturschutz ist hier eng verzahnt mit der Wirtschaft, die im wesentlichen auf dem Tourismus basiert“, erklärt Fock. „Und die Touristen wollen auf Spiekeroog eine ursprüngliche Natur erleben.“ Die Biologin ist froh, dass die rund 18 Quadratkilometer große Insel von störenden Großbauwerken weitgehend verschont geblieben ist und der Verkehr fast keine Rolle spielt: „Es sind nur ein paar Elektrokarren zugelassen.“ Alles bewege sich auf den wenigen ausgebauten Wegen oder auf den zahlreichen Dünen- und Waldpfaden. „Wir haben hier ein friedliches Nebeneinander von Mensch, Insel und Meer.“

lit

## Ein Netzwerk für lebendige Gewässer zwischen Ems und Elbe



■ Die Zeiten haben sich gewandelt. Früher war es eher die Aufgabe von Naturschutzverbänden, Gesetze und Regelungen zu erreichen, die Umwelt und Natur schützen. Heute geht es vor allem darum, deren bestimmungsgemäße Anwendung durchzusetzen, wenn nicht sogar ihre Abschaffung zu verhindern. Immer mehr sind es Richtlinien der Europäischen Union, die den Ton angeben und die Standards setzen, zum Beispiel das Schutzgebietsnetz NATURA 2000, die Nitratrichtlinie oder die so genannte Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) – um nur solche zu nennen, bei denen die Bundesrepublik schon vor dem Luxemburger EU-Gericht wegen mangelhafter Umsetzung in deutsches Recht verurteilt wurde oder sich demnächst zu verantworten hat.

Die Rolle der Umweltverbände und der Naturschützer wandelt sich ebenfalls: Der Trend geht vom Fordern zum Mitarbeiten, vom Anklagen zum Lösen suchen. Die WRRL setzt auf dieses Prinzip, in dem sie für die Erreichung des guten Zustands unserer Ge-

wässer vorschreibt, dass die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit sogar gefördert werden soll. Die Naturschutzverbände haben die Chancen der WRRL erkannt und mit dem Aufbau eines Netzes von Wasserexperten im April 2003 begonnen: dem „Wassernetz Niedersachsen/Bremen“. Innerhalb

eines zweijährigen Projektes konnten bisher 23 so genannte Leuchttürme in den ausgewiesenen 34 Bearbeitungsräumen (Teileinzugsgebieten) der Flussgebiete von Ems, Weser und Elbe „installiert“ werden. Leuchttürme werden im Wassernetz die Personen genannt, die Verbände übergreifend als Ansprechpartner für einen Bearbeitungsraum fungieren und dafür Sorge tragen, dass Natur- und Umweltschutz in der Region für die Wasserthemen eine Adresse besitzt. Darüber hinaus informieren sie alle interessierten Gewässerschützer im Bearbeitungsraum und sind natürlich auf deren Mitarbeit angewiesen.

Das in der BUND-Landesgeschäftsstelle angesiedelte Wassernetz-Büro arbeitet überverbandlich. Die 23 Leuchttürme setzen sich zusammen aus zehn Vertretern der Naturschutzverbände – weitere fünf kommen von Fischereiverbänden, sechs von Gewässerschutzvereinen und zwei vom Regionalen Umweltbildungszentrum Harz. Auf der Internetseite (<http://www.wassernetz.org>) kann

man sich über das Wassernetz und seine Repräsentanten informieren und vielleicht mit seinem Wissen zur Revitalisierung unserer Gewässer beitragen.

Denn es gibt noch viel zu tun. Nach der offiziellen Bestandsaufnahme müssen an 80 Prozent aller Fließgewässer in Niedersachsen Maßnahmen ergriffen werden, um den guten Zustand nach der WRRL zu erreichen. Das bedeutet zum Beispiel, viele Gewässer wieder in einen naturnäheren Zustand zu entwickeln. Der jüngst gegründete Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), der Aufgaben der aufgelösten Bezirksregierungen und des ebenfalls aufgelösten Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) übernommen hat, wird demnächst in den Bearbeitungsräumen so genannte Gebietskooperationen ins Leben rufen. In diesen sollen die verschiedenen Wasser-Akteure vom Landvolk bis zum Wassernetz der Umweltverbände Lösungen zur Verbesserung der Gewässerstruktur und der Wasserqualität erarbeiten, bei denen je ein Umweltverbandsvertreter an Lösungen mitarbeiten kann.

Die Strukturen für die öffentliche Beteiligung zeichnen sich in Niedersachsen jetzt also ab, und die Umweltverbände sind mit dem Wassernetz daran beteiligt. Alle Gewässerfreunde sind nun aufgerufen, ihr Wissen und ihr Engagement für lebendige Gewässer zwischen Ems und Elbe einzubringen – je mehr, desto besser!

Gerd Wach  
Projektleiter Wassernetz

## Japanische Delegation beim BUND-Projekt Diepholzer Moorniederung

■ Moorschutz – wie geht das? Sogar japanische Experten interessieren sich für das BUND-Projekt Diepholzer Moorniederung und wollen von den langjährigen Erfahrungen der professionellen Moorschützer aus Wagenfeld/Ströhen profitieren. Projektleiter Friedhelm Niemeyer führte dazu Mitte März drei Mitarbeiter des japanischen Umweltministeriums, darunter den Leiter eines Nationalparks auf der japanischen Insel Hokkaido, Masaki Okuyama, in das Neustädter Moor, das seit 30 Jahren vom BUND betreut wird. Maßnahmen zum Moorerhalt und zur Moorregeneration waren ebenso Thema wie Landschaftspflege mit Schafen – die japanischen Gäste statteten auch Schäfer Jan Teerling und seinem Landschaftspflegebetrieb einen Besuch ab. Die in Niedersachsen gesammelten Erfahrungen wollen die japanischen Fachleute im heimischen Nationalpark nutzbar machen, denn auch auf Hokkaido sollen Moore renaturiert werden.

lit



Projektleiter Friedhelm Niemeyer erklärt den japanischen Gästen im Infoturm des Neustädter Moors das Prinzip der Wiedervernässung im Bereich ehemaliger bäuerlicher Handtorfstiche

Foto: Peter Germer



## BUND Stade

### 25 Jahre Engagement trägt Früchte

■ 2005 ist für die BUND-Kreisgruppe Stade das Jahr dreier Jubiläen. Die Gründung der Kreisgruppe jährt sich zum 25. Mal. Das bedeutet ein viertel Jahrhundert Sorge um die Umwelt und Kampf für die Achtung vor der Natur und um ihren Erhalt. Dabei zieht sich die Forderung nach Stilllegung des Atommeilers am Bassenflether Elbstrand wie ein roter Faden durch die Aktivitäten der Kreisgruppe. Das AKW Stade bekam früh den Ruf eines "Schrottreaktors". Immer wieder wies der BUND auf Sicherheitsmängel hin und forderte ein Umdenken in der Energiepolitik. Schließlich war das Stader Kraftwerk das erste, das im Rahmen des so genannten „Atomkonsenses“ Ende 2003 abgeschaltet wurde.

Ob Bäume am Ufer eines Sees gefällt werden sollten oder über die Einrichtung einer Straßenbahn diskutiert wurde, ob es um die Vermeidung von Lärm oder das Sparen von Wasser, die Gefahren von Gentechnik in der Landwirtschaft oder ökologische Formen der Lebensmittelproduktion ging – der BUND in Stade bearbeitete ein immer breiter werdendes Themenspektrum. Ein Dauerbrenner bis heute ist der Widerstand gegen eine kurz-sichtige Verkehrspolitik, die sich in der Region an den Planungen für die Autobahnen 20, 22 und 26 und den rigiden Vertiefungen der Elbe zeigt.

Beim Thema Hausmüll zielte das BUND-En-

gagement auf einen umfassenden Bewusstseinswandel nicht nur bei den Bürgern ab – häufig war das mit Konflikten mit Behörden und Parteien verbunden. Für ein innovatives Konzept zur Müllentsorgung erhielt die BUND Kreisgruppe Stade 1994 dennoch den Umweltpreis der Versicherungsgruppe Versiko. Zuletzt zeigte das Engagement der Kreisgruppe im Sommer 2004 Wirkung, als sie sich erfolgreich gegen Pläne des niedersächsischen Umweltministeriums für eine Sondermülldeponie in unmittelbarer Nähe des Hans-Kelm-Hauses einsetzte. Dieses "Umwelt- und Naturschutzzentrum" der Kreisgruppe wurde im April 1995 eingeweiht und feiert nun sein zehnjähriges Jubiläum. In 4.500 Stunden Eigenleistung und nach ökologischen Kriterien errichtet, bezieht das Hans-Kelm-Haus seinen Strom von der Sonne. Im ausgedehnten umgebenden Garten machen Schulkinder eigene Erfahrungen bei der Aufzucht von Kräutern, Gemüse und Obst und erleben Na-

tur hautnah. Als drittes Jubiläum schließlich wird die Kreisgruppe Stade am 11. September 2005 den fünften "Markt der Zukunft" veranstalten. Diese alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung, an der zuletzt über 60 Aussteller teilnahmen, hat sich zu einer einzigartigen Umweltmesse in der Region entwickelt, bei der sich alles rund um die Themen Umwelt- und Naturschutz und nachhaltiges Wirtschaften dreht.

tur hautnah. Als drittes Jubiläum schließlich wird die Kreisgruppe Stade am 11. September 2005 den fünften "Markt der Zukunft" veranstalten. Diese alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung, an der zuletzt über 60 Aussteller teilnahmen, hat sich zu einer einzigartigen Umweltmesse in der Region entwickelt, bei der sich alles rund um die Themen Umwelt- und Naturschutz und nachhaltiges Wirtschaften dreht.



Foto: T. Reincke

Oktober 2004: Tag der offenen Tür mit Staudenmarkt im Hans-Kelm-Haus der Kreisgruppe Stade

Uwe Ruprecht  
email: [Kontakt@bund.stade.net](mailto:Kontakt@bund.stade.net)

## BUND Emsland

### Radioaktivitäts-Messnetz wird ausgebaut

■ Das Radioaktivitäts-Messnetz der BUND-Kreisgruppe Emsland umfasst zurzeit insgesamt elf Geräte, die kontinuierlich die radioaktive Strahlung in der Umgebung des Atomkraftwerks Lingen überwachen. Die Geräte MONITOR 414 der Firma Genitron aus Frankfurt messen seit 1988 ununterbrochen die Beta- und Gammastrahlung der Luft und haben sich dabei als äußerst robust und zuverlässig erwiesen. Bei den Messwerten zeigen sich immer wieder teils erhebliche wetterbedingte Schwankungen, die aber alle unterhalb der als bedenklich anzusehenden Grenzwerte lagen. Die Geräte stehen in den Ortsteilen von Lingen, Emsbüren und Wietmarschen-Lohne. Da die technische Entwicklung in den letzten Jahren weiter vorangekommen ist, hat die Kreisgruppe vor zwei Jahren zwei neue Spezialgeräte eines Bremer Physikers gekauft, die eine wesentlich differenziertere Auswertung der Daten ermöglichen. Sie arbeiten so überzeugend, dass die Kreisgruppe plant, noch in diesem Jahr eine weitere Station an einem besonders günstig gelegenen Standort einzurichten.

### Flächenpool für den Naturschutz wird vergrößert

■ Große Fortschritte für den Naturschutz hat im Jahr 2004 die BUND-Kreisgruppe Emsland erzielt. Seit rund zehn Jahren ist sie bestrebt, die Kompensationsflächen aus dem Bau der Autobahn A 31 nicht wahllos zerstreut anzulegen, sondern als kompakten Block direkt an das FFH- und EU-Vogelschutzgebiet „Engdener Wüste“ anzugliedern. Weil im Abschnitt Emsbüren besonders Feuchtwiesen, Heide, Magerrasen und Teiche vom Bau der Autobahn betroffen waren, wurden in den „Bombenpausen“ während der Sommerferien 2002 und 2004 im Sperrgebiet des Bombenabwurfplatzes Nordhorn viele Ausgleichsflächen neu angelegt: 83 Hektar extensiv genutztes Grünland, 42 Hektar Heide und Magerrasen auf Sanddünen, 1100 Meter Sandwälle zur Vernetzung der Heideflächen und 31 naturnah gestaltete Biotopteiche. Bei so ausgedehnten Kompensationsflächen, die zudem ein unmittelbar angrenzendes Naturschutzgebiet deutlich vergrößern, ist die Frage der Effektivität naturgemäß besonders interessant. Aus diesem Grund hatte der BUND im Planfeststel-

lungungsverfahren für die A 31 beantragt, ein so genanntes „Monitoring“, also eine Erfolgskontrolle, durchzuführen – erste Ergebnisse für einige exemplarisch ausgewählte Tiergruppen liegen inzwischen vor.

So konnten im Jahre 2004 in den neu angelegten Flächen sieben Amphibienarten nachgewiesen werden: Kammolch, Teichmolch, Wasserfrosch, Grasfrosch, Moorfrosch, Erdkröte und Kreuzkröte. Das ist eine enorme hohe Zahl! Auch bei den Reptilien war das Ergebnis sehr positiv. Hier wurden folgende Arten gefunden: Kreuzotter, Schlingnatter, Blindschleiche, Waldeidechse und in besonders großer Zahl Zauneidechsen. Noch nicht abgeschlossen sind die Vogelbeobachtungen. Erfreulich aber waren die Ergebnisse einer Begehung am 14. April 2005: Auf den neu angelegten Feuchtwiesen rasteten Kraniche, Brachvögel, Kiebitze und Austernfischer waren ebenso zu sehen wie eine Kornweihe und ein ziehender Fischadler. Bis 2008 wird der Flächenpool noch deutlich erweitert werden.

Claus Alfes  
email: [Claus.Alfes@bund.net](mailto:Claus.Alfes@bund.net)



# DAS ZIEL: NULL EMISSION

Harmonisch. Effizient. Hoch entwickelt.  
Toyotas fortschrittliche Hybridtechnologie ist von der Natur inspiriert.

Der Toyota Prius mit Hybrid Synergy Drive. Diese Kombination aus  
Elektro- und Benzin-motor bietet die umweltfreundlichste Technologie,  
die heutzutage zur Verfügung steht.

Mehr über Toyotas Umweltinitiativen erfahren Sie unter  
[www.toyota-europe.com/environment](http://www.toyota-europe.com/environment)



# TOYOTA



## Feinstaub

**Ungeliebter zweiter Platz für Hannover**

■ Das Feinstaub-Gespenst geistert nun schon seit einigen Wochen durch unseren Alltag. Die kleinen „lungengängigen“ Teilchen sind aber ein altbekanntes Problem für den Gesundheitsschutz. Dahinter verbergen sich mitunter tödliche Auswirkungen: Dieselruß, Baustaub, Abgase aus Industrie und Landwirtschaft – alles in so kleinen Partikeln, dass sie von menschlichen Schleimhäuten nicht aufgehalten werden und so über die Bronchien in unseren Körper eindringen, wie unsichtbare Invasoren, die Bronchitis und Lungenkrebs auslösen, aber auch zu Thrombosen oder Herzinfarkten führen können. Bereits 1999 wurden europaweit in der so genannten „Luftqualitätsrahmenrichtlinie“ (RL 1999/30/EG) Grenzwerte für Partikel und andere Schadstoffe in der Umgebungsluft beschlossen. Dass ab dem 1. Januar 2005 vor allem für Partikel anspruchsvolle Limits gelten, die auch von Otto Normalverbraucher eingeklagt werden können, wollten viele Verantwortliche wohl (zu) lange nicht wahr haben.

Wird der zulässige Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm Feinstaub je Kubikmeter Luft an mehr als 35 Tagen eines Jahres überschritten, muss die betroffene Kommune einen Plan zur Minderung der Belastung erstellen und umsetzen. Überraschend lagen nicht die klassischen Industrieregionen vorn, sondern München und Hannover. Auch

Braunschweig landete bis zum 28. April mit 41 Tagen, an denen die Grenzwerte überschritten wurden, auf Platz 4 der deutschen Städte (Aktuelle Messdaten unter [www.env.it.de/luftdaten/trsyear.fwd](http://www.env.it.de/luftdaten/trsyear.fwd)). In der zweitgrößten niedersächsischen Stadt wurde die Problematik hierzulande noch am schnellsten erkannt: Seit Wochen schon wird in Braunschweig über die notwendigen Konsequenzen debattiert. Nachdem sich das Land und die Kommunen noch ein paar Wochen die Zuständigkeiten hin- und hergeschoben haben, steht es nun fest: Die Kommunen sind in der Verantwortung, das Land greift ein, wenn es die jeweiligen Maßnahmen für nicht ausreichend hält. Ziemlich hilflos werden Sofortmaßnahmen wie Straßensperrungen oder Straßen abspritzen angeordnet. Mehrfach wiederholt hat Umweltminister Sander seinen ersten Vorschlag zur Behebung des Problems aus dem Jahr 2004: einfach die Grenzwerte wieder höher setzen. Die öffentliche Debatte orientiert sich dagegen erstaunlich sachlich an den Möglichkeiten, die Emission von Feinstaub so weit möglich zu verhindern. Die erste Runde konzentrierte sich dabei auf die Untätigkeit der deutschen Automobilhersteller, mit dem serienmäßigen Einbau von Partikelfiltern auf den ständig wachsenden Dieselfahrzeugverkehr zu reagieren. Während französische Hersteller diesen Filter seit Jahren ohne Aufpreis an-

bieten, tun sich VW, Ford, Opel & Co hier nach wie vor schwer. Die Einigung der Verkehrsministerkonferenz auf eine steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern wird vom BUND ausdrücklich begrüßt!

Jetzt dürfen die Länderfinanzminister und Ministerpräsidenten von Hessen, Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg die Filterförderung nicht länger blockieren und müssen eine Einigung auf die rückwirkende Förderung ab Januar 2005 herbeiführen. Die Übereinkunft der Verkehrsminister, Fahrzeuge nach Schadstoffklassen zu kennzeichnen und ein Verkehrszeichen für sogenannte „Umweltzonen“ einzuführen, ist ebenfalls hilfreich.

Stickoxide (NO<sub>x</sub>) werden das nächste heiße Thema der Luftqualitätsrahmenrichtlinie: die sieht nämlich auch deutliche Verschärfungen im Jahr 2010 für diesen Schadstoff vor. Er wird ebenfalls in großen Mengen von Dieselmotoren emittiert und ist verantwortlich für den gesundheitsschädigenden Sommer-Smog (bestehend aus hohen Ozon-Werten am Boden) und für die Versauerung von Böden. Wird es dann auch wieder „fünf vor zwölf“ sein – oder werden die Verantwortlichen aus der Feinstaub-Diskussion etwas gelernt haben?

*Carola Sandkühler  
BUND Niedersachsen*

Mehr Infos unter: [www.bund.net/verkehr](http://www.bund.net/verkehr)

**Volldampf für ein veraltetes Verkehrskonzept****Planung der Küstenautobahn A 22 soll durch Spenden finanziert werden**

■ In Mecklenburg-Vorpommern geht die A 20 ihrer Fertigstellung entgegen und soll nun mit einer Elbeunterquerung nördlich von Hamburg weiter gen Westen in Richtung Niederlande geführt werden. Das nördliche Niedersachsen würde damit zum Transitland. Die Planungen stammen bereits aus den 60er Jahren, wurden aber aufgrund des gestiegenen Umweltbewusstseins und knapper Finanzen Ende der 70er Jahre ad acta gelegt. Für das 120 Kilometer lange Asphaltband, das zu den vier größten Autobahn-Neubauprojekten in Deutschland gehört, werden derzeit Kosten von 870 Millionen Euro veranschlagt. Unter der Bezeichnung A 22 rangiert die geplante Trasse im aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2003 und dem Bundesfernstraßenausbaugesetz allerdings nur in der Kategorie „Weiterer Bedarf“. Eine Realisierung mit Bundesmitteln ist somit bis zum Jahr 2015 ausgeschlossen. Die Industrie- und Handelskammern im Norden Niedersachsens wollen nun eine Vorfinanzierung der ersten Planungsschritte durch die Wirtschaft erreichen und damit den Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Berlin erhöhen.

Über 570.000 Euro sind nach Angaben der Initiative ([www.A22-jetzt.de](http://www.A22-jetzt.de)) dabei schon zusammen gekommen, mit Spenden insbesondere von der verladenden Wirtschaft und international tätigen Logistikunternehmen. Bei der regionalen Wirtschaft kann bereits symbolisch 1 cm Autobahn, als Lebensader der Region bezeichnet, für 100 Euro erstanden werden. Die A 22 wird – wie seinerzeit bei der A 20 oder aktuell bei den Planungen zur A 39/A 14 – zur „Lebensader“ geadelt. Im konkreten Fall soll damit vor allem die Hinterlandanbindung für den umstrittenen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven gesichert werden. Die betroffene Region, die Wirtschaft und das Land Niedersachsen wollen nun erreichen, daß für diese Fernstraßenverbindung bereits 2008 das Raumordnungsverfahren mit Untersuchung von Trassenvarianten und die Linienbestimmung abgeschlossen werden. Deshalb wollen diese Vertragspartner die Kosten für die Linienplanung (ca. 2,25 Mio. Euro) im Rahmen einer Public-Private-Partnership selbst aufbringen. Im Frühjahr 2005 soll auf einer Antragskonferenz der Untersuchungsrahmen

für die Umweltverträglichkeitsuntersuchung festgelegt werden. Eine ergebnisoffene Planung ist aufgrund des hohen Lobbydrucks schwerlich möglich.

Im Bundesverkehrswegeplan wurde die A 22 zusätzlich unter den Vorbehalt des „besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrages“ gestellt, da die durchgeführte Umweltisikoeinschätzung im Vorfeld ein „sehr hohes Umweltisikoo“ festgestellt hat. Massive Natur- und Landschaftszerstörungen und erhebliche Beeinträchtigungen noch relativ unzerschnittener Naturräume (Natura 2000-Gebiete) wären bei der Realisierung zu erwarten. Für den BUND ist die verkehrlich überflüssige A 22 also auch ökologisch nicht vertretbar. Für den norddeutschen Küstenraum ist nach erfolgter Bestandsaufnahme vielmehr ein sinnvolles, zukunftsfähiges Verkehrs- und Hafenkonzept unter Einbeziehung aller Verkehrsträger zu erstellen und insbesondere das Schienennetz leistungsfähiger auszubauen.

*Dr. Marita Wudtke  
BUND Niedersachsen*

## Mais – keine Energiepflanze der Zukunft



■ Auf rund zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird in Deutschland Mais angebaut. Bisher diente Mais in Form von Körner-Mais als Konzentrat-Futter für

Schweine oder in Form von Silo-Mais als Futter für Rinder und Milchkühe. In Zukunft soll Mais immer häufiger als Energiepflanze in Bio-Gasanlagen zur Bio-Strom-Erzeugung eingesetzt werden. Auch bei dieser stark forcierten, als neue Erwerbsquelle propagierten Technologie lohnt genaues Hinsehen, denn Mais ist keine Bio-Pflanze. Mais ist nach wie vor eine humuszehrende Futterpflanze, die sowohl viel Stickstoff als auch mehrere Pflanzenschutzmittelanwendungen (Herbizide) benötigt. Er ist also anders als durch seine Bewerbung suggeriert keine „low-input-Pflanze“.

Der verstärkte Maisanbau ist eine Folge der intensiven Schweine-, Rinder- und Milchkuhhaltung, bei der die Tiere ganzjährig in Ställen auf Spalten-Böden stehen. Der Mais dient einerseits als hochwertiges Konzentratfutter und kann andererseits die anfallende Gülle sehr gut verwerten. Mais wurde in den letzten Jahren vorwiegend auf den schlechteren Standorten wie Sandböden und Niedermoor angebaut und verdrängte vielerorts Grünland. Die Begüllung der leichten Böden und die Umwandlung von Grünland führt zur zunehmenden Versauerung der Ackerböden, zur Verschlechterung der Nie-

dermoorflächen und zu einer Artenverarmung infolge des großflächigen Nährstoffeintrages. Durch die weitere Ausdehnung des Maisanbaus und die Verwertung der Mais-Silage in Kombination mit Rinder- bzw. Schweinegülle für die Biogaserzeugung konserviert und legitimiert man auf lange Sicht die nicht artgerechten Haltungsbedingungen der Tiere. Außerdem sind die herkömmlichen Mais-Sorten nur bedingt geeignet als Rohstoff für die Biomasse-Nutzung. Es wird deshalb international daran gearbeitet, mit Hilfe der Gentechnik Maissorten zu züchten, die eine höhere Energieausbeute gewährleisten und resistent sind gegen die wichtigsten Mais-Herbizide. Die Ausdehnung der Maisnutzung als energieliefernde Pflanze soll die Agro-Gentechnik sozusagen salonfähig machen. Das lehnt der BUND ab. Ökostrom aus dem so gewonnenen Biogas wäre teuer erkaufte durch die Verschlechterung der ackerbaulichen Praxis, des Tierschutzes und des Umwelt- und Naturschutzes.

Dr. Burkhard Roloff  
Agrarreferent BUND Mecklenburg-  
Vorpommern/Niedersachsen  
Tel.: 0385/565470  
email: bund.mv@bund.net

*Fortschritte auch gegen Widerstände*

## Die Stiftung Naturlandschaft auf gutem Weg

■ Über 300 Hektar Biotopflächen befinden sich bereits im Eigentum der vom BUND eingerichteten „Stiftung Naturlandschaft“. Ein wichtiger Meilenstein war die Eröffnung der Stiftungsgeschäftsstelle in Königslutter, die im Sommer 2004 im Beisein der Bundestagsabgeordneten Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU) und Hans-Jürgen Uhl (SPD) sowie zahlreicher Kommunalpolitiker erfolgte. Von hier aus betreut der diplomierte Forstingenieur Marc Böhles die Liegenschaften im Sinne des Naturschutzes. Böhles stammt aus Lehre-Flechtorf, also aus dem Herzen der Region, in der sich die Stiftung engagiert. Denn die regionale Verankerung ist für Stiftungspräsident Karl-Friedrich Weber eines der Erfolgsrezepte. Ein weiteres heißt Zusammenarbeit, ist der 61-jährige Forstmann aus Königslutter überzeugt. Der zentrale Stiftungszweck, gemeinsam mit landwirtschaftlichen Betrieben einen konfliktfreien Naturschutz zu praktizieren, stoße auf große Resonanz bei Behörden und Politikern. Aber auch namhafte Unternehmen konnten für die Kooperation mit der Stiftung gewonnen werden, berichtet Weber. So habe die Nordzucker AG mit einer großen Spende die Arbeit der Stiftung gewürdigt und darüber

hinaus ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet. „Widerstand verspüren wir von Seiten einiger landwirtschaftlicher Funktionäre und deren politischen Vertretern im Landtag“, sagt Weber. Insbesondere Flächenübertragungen auf die Stiftung würden massiv behindert, sogar mit Drohungen gegenüber den Partnern. Ein Angebot der Stiftung zur Zusammenarbeit mit dem Landesbauernverband sei von dessen Präsidenten Werner Hilde mit Schweigen quittiert, ein Aufnahmeantrag in den Landvolkbezirksverband Braunschweig zum Jahresanfang 2004 bis heute nicht bestätigt. „Durch die gute Zusammenarbeit mit den Landwirten in der Region kommen an anderer Stelle wohl die Feindbilder abhandeln“, vermutet Stiftungspräsident Weber. Angesichts der positiven Resonanz vor Ort müsse man sich wohl bald entscheiden – zwischen Kooperation oder Konfrontation, glaubt der Forstmann.

lit

Informationen über die aktuelle Stiftungstätigkeit vermitteln Karl-Friedrich Weber (Tel./Fax 05353/3409), Geschäftsstelle: An der Stadtkirche 2, 38154 Königslutter, email: stiftung@snls.de

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
BUND-Landesverband Niedersachsen,  
Landesgeschäftsstelle  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Tel.: 0511/9 65 69-0  
Fax: 0511/9 65 69-27  
email: bund.nds@bund.net  
http://BUND-Niedersachsen.de

Spendenkonto:  
Nord/LB Hannover,  
BLZ 250 500 00,  
Konto 101 030 047

Redaktion: Sabine Littkemann (lit)  
email: sabine.littkemann@t-online.de  
Satz und Layout: Markus Leder

Das nächste BUNDmagazin Niedersachsen erscheint voraussichtlich am 15.8.2005



FREUNDE DER ERDE

Termin

2. Juni 2005 ab 18 Uhr

**BUND-Kreisgruppen Regionaltreffen  
Weser-Ems**

Ort: Umwelthaus Oldenburg

Ansprechpartnerin: Dr. Marita Wudtke,

Tel.: 0511/ 9 65 69 – 18